



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 323.20 / 28.09.2020

Atommüll-Endlager:

Verantwortung für eine verfehlte Energiepolitik übernehmen

Zum heute veröffentlichten Zwischenbericht zur Standortauswahl für ein Atommüll-Endlager sagt der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Bernd Voß**:

Mit dem heutigen Zwischenbericht zur Standortauswahl für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll sind wir einen Schritt weiter auf dem Weg zur Findung eines möglichst sicheren Endlagers für diese Hinterlassenschaften einer verfehlten Energiepolitik. Es überrascht nicht, dass in diesem Stadium des transparenten Verfahrens noch 54 Prozent des Bundesgebietes aufgrund ihrer geologischen Formationen in Frage kommen.

Nach dem Gorleben-Desaster werden nun erstmals potenzielle Endlagerregionen auf wissenschaftlicher Basis und nicht nach Gutdünken benannt, sondern in einem überprüfbaren Prozess, der Transparenz und Bürgerbeteiligung sichert.

Die Grünen waren immer gegen Atomkraft mit ihren verheerenden Risiken und haben auch immer auf die ungeklärte Endlager-Problematik hingewiesen. Die Atomkraftwerke wurden trotzdem gebaut, betrieben und bis heute wird Atommüll produziert. Nun müssen wir verantwortungsvoll und zeitnah mit dem Rückbau und der sichersten möglichen Lagerung der Ewigkeitslast des hochradioaktiven Atommülls umgehen. Wir haben das Standortauswahlgesetz unterstützt, damit das Endlager in Deutschland nach wissenschaftlichen, geologischen Kriterien ausgewählt wird - nicht aus politischen Gründen wie in Gorleben.

Bisher lagert der hochradioaktive Atommüll in Castoren in sogenannten Standortzwischenlagern neben den Atomkraftwerken. Sie sind bis Mitte der 40er Jahre genehmigt. Weder technisch noch hinsichtlich der Sicherheit ist diese Unterbringung eine erträgliche Lösung. Bis zum Jahr 2030 soll aus den jetzt vom BGE genannten möglichen Standorten ein Endlager ausgewählt werden, bis 2050 soll es technisch vorbereitet und bis 2080 befüllt werden.

Wir wollen schnellstmöglich die größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung und die vielen nachfolgenden Generationen. Deshalb darf auch das Sankt-Florians-Prinzip „Nicht vor meiner Haustür“ nicht gelten, selbst wenn sich niemand ein Endlager in Schleswig-Holstein wünscht.

Wir müssen uns heute den Tatsachen stellen und Verantwortung übernehmen. Diese begonnene Endlagersuche bietet die Möglichkeit, das kurze Zeitalter der Atomkraft über viele Jahrzehnte und Jahrhunderte abzuwickeln.
